

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 100.— M., durch Aussträger 500.— M., pro Woche, durch die Post 900.— M., die Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages von 250.— M. an die Produktiv-Genossenschaft, Redaktionsprechstunde: 8—5 Uhr nachm. — Postfachkonto Nr. 31056. — Fernsprech-Anschluß: Ring 6837.

Montag, 5. März 1923.

Anzeigenpreise: Die 9 gepaltene Millimeterzeile oben 300.— M., 20 Zeilen und Wohnungsgelegenheit, Familienanzeigen, Vereine und Vereinstätigkeiten 16.— M., kleine Anzeigen per Wort 3.— M., Zeit gedruckt 100 M., Kleinerer: Die Millimeterzeile eingepalten oben 100.— M., 10 Zeilen 150.— M.

## Schleift die Burgen der Reaktion!

An die Arbeiter, Angestellten, Beamten u. Proletarierfrauen Schlesiens!

Die faszistische Gefahr.

Die reaktionäre Gefahr, die sich in Schlesien immer mehr verbreitet, wächst Euch über den Kopf. In jedem Tage kommen neue reaktionäre Organisationen zum Vorschein und neue Werbebüros werden entdeckt. Unzählige sind die verborgenen Waffenlager, der Fasziisten. In allen Ecken Schlesiens und besonders in Oberschlesien, haben sie ihre Festen, von denen aus sie ihren Feldzug führen. Die agrarischen Wucherer in den schlesischen Landteilen haben ganze Kompagnien junger Leute auf ihren Gütern zusammengezogen, lassen am helllichten Tage militärische Übungen vornehmen und gar scharf schießen. Offene und illegale Organisationen sind die Stützpunkte der Fasziisten, verbreitet über die ganze Provinz. Sei es der Selbstschutz oder die Orgech in Oberschlesien, sei es der Grenz- oder Heimatsschutz im Glatzer Bergland, sei es die Heimatverbände oder kristigen deutschnationalen Organisationen im Trebnitzer Hügelland, seien es Bismarckbund und akademischen Mordorganisationen in Breslau, der bekannte Bahnschutz in allen Teilen Schlesiens oder seien es die vielen, vielen bürgerlichen Wander- und Sportvereinigungen, die doch nur illegale Orgechbände sind: überall hat die Reaktion ihre Macht konzentriert, überall schürt sie das Feuer des reaktionären Mordes!

Die Ruhrbesetzung durch die französischen Imperialisten, herausgeschworen von der feuchthinterzickenden deutschen Bourgeoisie, ist Wasser auf die Mühlen der deutschen Reaktionäre. Sie überschlagen sich in nationalen Phrasen und veranstalten patriotische Heztkampagnen. Chauvinismus, Kriegshetze schlimmster Art ist Triumph! „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“, so brüllt der nationalistische Mob und versucht, mit diesen Phrasen Arbeiter einzufangen. Unter der Parole: „das Heimatland ist bedroht“, schafft die Reaktion unzählige neue Grenz- und Heimatsschutzverbände, organisiert darin verblendete Proletarier und verkommene Existenzen, nicht, um damit „siegreich Frankreich zu schlagen“, sondern um sie gegen das Proletariat ins Feld zu führen.

Mit ihrer Hilfe sollen 10- und 12-Stundenarbeit und Wohnbau durchgeführt werden!

Die Reaktion ist nicht allein eine Gefahr für das Proletariat, sie ist auch eine große Gefahr für die bürgerlich demokratische Republik. „Nieder mit der Judenrepublik“, „Haut die republikanischen Judenschweine tot“, das sind die Schlagworte der Nationalsozialisten, der Freiheitspartei und der Großdeutschen Arbeiterpartei! Ein neues Kaiserreich soll entstehen, mit einer neuen Militär-

Kamarilla, mit neuen Blutströmen, neuen Tränen, mit neuer Knechtung und Tyrannei.

Obwohl die Republik aufs äußerste bedroht ist, unternimmt die republikanische Regierung nichts gegen die chauvinistischen Wähler. Die Bürgerregierung Cuno fördert die Reaktion und schlägt alle republikanischen Abwehrkämpfe nieder. Die monarchistischen Geheimbündler wie Rößbach, Erhardt, usw. werden nicht verhaftet, während proletarische Kämpfer zu Tausenden in die Kerker geworfen werden. Die deutsche Klassenjustiz hält heute noch unzählige Proletarier gefangen, die 1920 die Republik gegen Kapp verteidigten.

### Die Gefahr ist heute ernster denn je!

Die reaktionäre Bestie lauert nicht mehr im Verborgenen, sie schleicht sich aus dem Dickicht hervor und führt ihre ersten Prankenschläge. Erst in den letzten Tagen kam es in Hindenburg zu blutigen Unruhen zwischen Reaktion und Schutzpolizei. Tagtäglich führt der reaktionäre Bahnschutz seinen Kleinrieg gegen die Arbeiter. Die anderen reaktionären Verbände rauhen der Arbeiterschaft die Versammlungsfreiheit.

Dagegen muß das Proletariat Abwehrmaßregeln ergreifen.

Nur einheitliche, disziplinierte und organisierte Abwehr kann wirksam sein. Proletarier, Klassenkämpfer, schafft unverzüglich proletarische Abwehrformationen. Zwingt die Gewerkschaften und eure Betriebsräte, die Organisation der Abwehr vorzunehmen. Jeder Klassenbewußte revolutionäre Arbeiter und vor allem jeder proletarische Frontkämpfer muß Mitglied des proletarischen Selbstschutzes sein.

Organisiert Euch! Schult Euch zum Kampf!

Zeigt den Fasziisten die Kraft des organisierten Proletariats!

Brecht der reaktionären Bestie das Genick!

## Der schlesische Bezirksparteitag der K.P.D.

### Die proletarische Abwehrfront.

Die Aktionsausschüsse der SPD., KPD., Union und Syndikalisten der Werft Janßen und Schmitz in Hamburg haben in einer gemeinsamen Sitzung folgende Resolution gefaßt:

Die Aktionsausschüsse von Janßen und Schmitz fordern die Aktionsausschüsse sämtlicher politischer und gewerkschaftlicher Organisationen von allen Betrieben auf, zu einer gemeinschaftlichen Aussprache zusammenzutreten. Sie fordern vom Führungskenausschuß der Betriebsräte, daß er die Einladung in die Hand nimmt und die Bekanntmachung zu einer Versammlung in beiden Arbeiterpressen publiziert.

Die Aktionsausschüsse der SPD., KPD., Union und Syndikalisten.

Dieser Beschluß ist wieder ein Schritt vorwärts zur proletarischen Einheitsfront.

### Das Ruhr-Proletariat kampfbereit.

Altverhandler und Christliche für den Betriebsrätekongreß. In Westerholt bei Buer besuchte am 25. Februar eine sehr stark besuchte Belegschaftsversammlung der Schachtanlage mit der Situation im Ruhrgebiet. In der Diskussion wurde sehr stark betont, daß die Kumpels nicht gewillt seien, sich vor den nationalistischen Karren spannen zu lassen. Man habe weder mit den deutschen noch mit den französischen Reaktionären und Ausbeutern irgend etwas gemein.

Gegen nur eine Stimme wurde beschlossen, den Betriebsrätekongreß Rheinland und Westfalen zu bescheiden. Als Delegierte wurden drei Betriebsräte je ein Mitglied der Union, des Alten Bergarbeiterverbandes und des

Christlichen Gewerkevereins gewählt. Die Belegschaft finanziert die Delegation selbst. Einstimmig angenommen wurde noch eine Resolution, in der die Belegschaft der Zeche Westerholt Protest erhebt gegen nationalistische Treiberei. Die Betriebsräte werden aufgefordert, den Kampf gegen nationalistische Angriffe zu organisieren.

In einer ungewöhnlich stark besuchten öffentlichen Volksversammlung, die vorwiegend von Bergarbeitern aus Buer und Hüls besucht war, kam eine einstimmige Willenskundgebung zur Bescheidung des rheinisch-westfälischen Betriebskongresses zur Geltung. Einmütig akzeptierte man auch die Forderungen des 23er-Ausschusses.

Eine stark besuchte Belegschaftsversammlung Zeche Viktoria Matthias (Essen), am 25. Februar, erklärte sich für die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen. Überall sollen Hundertschaften gebildet werden, um die Forderungen des Reichsbetriebsrätekongresses auch mit Hilfe der Abwehrorganisationen durchführen zu helfen. Weiter wurde beschlossen, den rheinischen Betriebsrätekongreß zu bescheiden. Zwei Delegierte wurden gewählt.

Eine gutbesuchte Volksversammlung in Detwig bei Essen, am 27. Februar, sprach sich durch Annahme einer Resolution für den geschlossenen Abwehrkampf des Proletariats aus; ferner für Bescheidung des Betriebsrätekongresses Rheinland-Westfalen. Weiter erklärte man sich für sofortige Bildung von Abwehrorganisationen. Diese Bescheidigung war von Angehörigen aller Parteien besetzt.

Die deutschen Fasziisten sind heute noch ein Sammelurium widerstrebender Tendenzen und Strömungen. Die nationale Stimmung will nicht recht in Gang kommen. Die zwei Millionen Tote des Weltkrieges, die vier Millionen Kriegstrümpel, die drei Millionen im Hinterlande verhungerten Menschen lasten noch zu stark auf den Gemütern. Im Ruhrgebiet wird trotz der Überschwemmung mit Flugblättern und Aufrufen die nationalistische Stimmung, die von einem Heere von Spitzeln und bezahlten Agenten gemacht werden soll, nur von einer dünnen Schicht Frankreich ich so grotesk, daß er nur schwer an Boden gewinnt. Dennoch wäre es falsch, die faszistische Gefahr zu unterschätzen. Aus den rapid vorwühlenden Mittelschichten den Kreisen der Intellektuellen, den Studenten und ähnlichen Schichten nimmt die mit großen Geldmitteln ausgerüstete faszistische Propaganda ihr Menschenmaterial. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, z. B. der Nationalsozialisten in ganz Deutschland, beträgt höchstens 70 000 bis 80 000. Nach außen hat die nationalsozialistische Bewegung gegenüber den kriegerisch eingestellten Rechtsorganisationen wegen des pronunzierten Antisemitismus und des Kampfes gegen die „Novemberverbrecher“ an Prestige verloren. Nach innen ist die Stellung Hitlers in seiner Partei durch den Münchener Parteitag und die Kapitulationsknillings gesiegt. Die übrigen konterrevolutionären, auf ein neues 1813 hinzielenden Verbände werfen den Nationalsozialisten „vaterlandslose Gesinnung“ vor, weil sie ihren völkischen, streng antisemitischen Charakter jetzt als störend empfinden zur Errichtung der nationalen Einheitsfront.

Die Nationalsozialisten sind die stärkste faszistische Organisation. Der Verein vaterländischer Verbände, 1917 in Berlin von Admiral Graf Bauhin gegründet, hat, nachdem die „schlappe Leitung“ des Grafen ersetzt wurde durch die des Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, Geißler, an Aktivität zugenommen. Am 12. Februar hielt die Gruppe eine Sitzung im Reichstagsgebäude ab, zu der auch Delegierte von außerhalb erschienen waren. Die 40 Herren vertreten auch Nationalsozialisten und die Deutsche Freiheitspartei. Es kam zu scharfen Gegensätzen zwischen den Radikalen und den Gemäßigten, aber die Radikalen blieben Sieger. Die Frage des bewaffneten Widerstandes gegen die Franzosen wurde besonders erörtert, und drei Delegierte aus dem Ruhrgebiet ergöhnten die erlauchten Herrschaften mit der Erzählung, daß die Bergleute bereits in den Gruben Handgranaten zum nationalen Revanchekrieg verfertigt. Zum Schluß trat Rößbach auf und erklärte, er habe mit Erhardt zusammen 100 000 zu allem entschlossene Männer hinter sich. Er lehnte es aber ab, mit der Regierung einen Pakt einzugehen, und hielt die Zeit für zu früh zum Vorschlagen. Es dürfte kein Jahr mehr ungenützt vergehen. Ehrhardt, so erklärte er, ließe nach seinem eigenen Willen im Gefängnis und werde sich erst befreien lassen, wenn die Zeit gekommen sei.

Die Deutsche Freiheitspartei der Abgeordneten Graefe, Wulle und Hennig hat auch eine Versammlung ihrer Mitglieder im Reichstag am 11. Februar abgehalten. Sie ist noch sehr schwach und lediglich als Gruppe der Nationalsozialisten anzusehen. Die Abgeordneten erklärten, daß die Partei unparlamentarisch sei, aber sie wollten ihre Mandate beibehalten, um durch sie die Arbeit der Partei gegen Angriffe auf Grund des Gesetzes der Republik zu schützen. Dieser Partei fehlte es vor allem an Geld für die Werbearbeit, weil sie es mit der Schwerindustrie zurzeit verdoeben hat. Um ihren Dalles zu beheben, haben sie Sammelzettel herausgegeben. Sie wollen einen Demonstrationsszug von 20 000 uniformierten Nationalsozialisten aus allen Teilen des Reiches in Berlin veranstalten, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die Klagen über den Erfolg der Sammlungen waren jedoch größer als die eingegangenen Summen. Deswegen muß vorläufig der Demonstrationsszug noch unterbleiben.

Das Organ Hitlers, „Der völkische Beobachter“, ist jetzt Tageszeitung geworden. Ueber den Wert dieser Neuerung waren die Meinungen ebenfalls geteilt. Vor allem, weil das Zeitungsunternehmen viel Geld der Partei verschlingt.

Der Nationalverband deutscher Offiziere, der am 7. Februar eine Sitzung des Hauptvorstandes abhielt, wurde durch die „völkische Frage“ ebenfalls stürmisch durchgedröhrt. Der zweite Vorsitzende, Ober-

„In der augenblicklichen Lage sei es Unsin, sich über die völkische Frage zu streiten, man müsse den bevorstehenden Vorkrieg vorbereiten.“ Es wurde beschlossen, in aller nächster Zeit Vorträge über den „Kleinrieg“ zu veranstalten.

Ebenfalls eine faschistische Gruppe ist der Germanenorden, dessen Mitgliederzahl etwa 15 000 beträgt, meist Oberlehrer und Postsekretäre. Dieser völkische Orden dürfte aufzulegen, weil eine von ihm gegründete Germanenbank mit den Geldern spekuliert hat wie die Juden. Und das ist einigen dieser Oberlehrer und Postsekretäre wider den Strich gegangen. In Berlin arbeitet der Deutsche Arbeiterring ebenfalls in der Richtung der Faschisten.

Aus allen diesen faschistischen Organisationen mehrten sich die Nachrichten, daß sie vom passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung zum Kleinrieg, ähnlich wie in Oberschlesien, übergehen wollen. In einigen dieser Kreise spielt man mit dem Gedanken, planmäßige Attentate gegen die Befehlshaberarmee und Befehlshaberbehörden und den Bändentrieg zu organisieren. Aus verschiedenen Organisationen wird auch berichtet, daß die Regierung durch Vermittler versucht, mit Freikorpsführern und den militärischen Verbänden Fühlung zu nehmen. Einige dieser Verbände haben sich geweigert, mit den Vertrauensleuten des Ministers Severing zu verhandeln. Sie haben sich lediglich bereit erklärt, mit Roste Besprechungen dieser Art abzuhalten.

Wenn wir die Genossen warnen, die Tätigkeit dieser Postfaktoren zu überschätzen, so müssen wir doch auch vor einer Unterschätzung dieser Elemente warnen. Die Brannbasen sind sicherlich nicht umstände, den achtzigsten Teil ihrer Heldentaten, an denen sie sich heraussuchen, praktisch auszuführen. Wenn es aber den Tatsachen entsprechen sollte, daß die Regierung mit diesen Schichten die Fühlung aufnimmt, so ist das ein Spiel mit dem Feuer. Wenn nur 10 Prozent ihrer Absichten realisiert werden, so bedeutet das entsetzliches Elend für die arbeitenden Massen.

Die Arbeiter müssen unverzüglich in den Betrieben zur Bildung von Abwehrorganisationen schreiten, damit sie umstände sind, neben dem ideologischen Kampf gegen diese Brannenerregung auch tatsächlichen Widerstand zu leisten, wenn alle diese schwerbewaffneten auf die Arbeiter losgelassen werden.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter überall an die Bildung von Hundertschaften in den Betrieben und kleineren Gruppen und Einheiten übergehen, ehe es zu spät ist, ehe wir in Deutschland das italienische Schicksal erleiden müssen.

### Die Betriebsräte der Berliner Eisenbahn gegen die Faschisten!

Eine Delegation von KPD- und SED-Betriebsräten protestiert bei der italienischen Botschaft.

Am 1. März fand eine Vollversammlung der Eisenbahner-Betriebsräte des Eisenbahnverkehrsbezirks Berlin statt. Gew. Botschaft begrüßte eine Resolution, die sich gegen die Gewaltmaßnahmen der Faschisten in Italien wandte und in der sich die Eisenbahner-Betriebsräte verpflichten, mit allen Mitteln gegen die deutschen Faschisten anzukämpfen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und eine Delegation, bestehend aus 5 Betriebsräten, von denen 3 der KPD und 2 der SED angehören, bestimmt, die beauftragt wurde, bei der italienischen Botschaft den faschistischen Prozeß gegen die Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung in Italien einzulegen.

### Am die Arbeiterregierung in Sachsen.

Aus Dresden wird uns gemeldet: In einer gestern stattgefundenen Besprechung von Vertretern der Fraktionen der KPD und SED wurden nach eingehender Aussprache folgende Resolutionen für die Lösung der Regierungsfrage in Sachsen aufgestellt:

Gemeinsame Einberufung eines sachsischen Betriebsrätekongresses durch den Landesauschuh des KPD, SED und KPD Tagesordnung. Die politische Lage in Sachsen. Beide Parteien stellen Kandidaten. Die Parteien haben das Recht der freien Agitation und der Vorkämpfung selbständiger politischer Entschlüsse. Das vom Kongreß angenommene politische Programm wird von den Parteien unterstützt und durchgeführt. Sind die politischen Voraussetzungen für die Bildung der Arbeiterregierung gegeben, soll die Regierungsbildung an Personfragen nicht scheitern.

Die grundsätzliche Stellung der Parteien zum Staat und zur Gesellschaft bedeutet die Freiheit und Unabhängigkeit der Propaganda dieser Grundzüge und bleibt von den Geschäften des Kongresses unberührt.

Sollte trotz des Beschlusses des Landesparteitages der KPD sich weigern, bei der Einberufung des Betriebsrätekongresses mitzuwirken, so ist dadurch eine neue politische Situation geschaffen, die ernste Verhandlungen bedingt.

Für den Fall, daß sich der Kongreß wider Erwarten gegen die Unterbreitung aller Geschesvorlagen der Arbeiterregierung an das Exekutivorgan des Landesbetriebsrätekongresses sowie die Bildung von Arbeiterwehren ausspricht, kann für die KPD der Eintritt in die Regierung nicht in Frage kommen. Durch die Annahme der Verpflichtung, das politische Programm des Kongresses zu unterstützen und durchzuführen, ist die Unterbreitung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung gegeben.

Die Verhandlungen fanden statt zwischen Vertretern der SED und der KPD-Fraktion. Endgültig über das politische Ergebnis werden natürlich die Parteien entscheiden. Für die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen gilt es jedoch, den Kampf und die Entscheidung zwischen

„In der augenblicklichen Lage sei es Unsin, sich über die völkische Frage zu streiten, man müsse den bevorstehenden Vorkrieg vorbereiten.“ Es wurde beschlossen, in aller nächster Zeit Vorträge über den „Kleinrieg“ zu veranstalten.

### Der Streit der Saargrubenarbeiter.

Der Streit geht in die vierte Woche. Die Kampfstimmung der Bergarbeiter ist nach wie vor gut. Auf allen Zechen, sowie in den Hafenanlagen ruht die Arbeit immer noch vollständig. Es ist zwar den Kohlenbaronen gelungen, einige Streikbrecher in den Hafenanlagen zu beschäftigen. Mit dem Forttransport der Kohlen und Verladen von den Halben ist zum größten Teil das Militär beschäftigt. Alle Drohungen gegen die Bergarbeiter, Herausleitung aus den Wohnungen, Nichtwiedereinstellung sind an dem hartnäckigen Widerstand der Bergarbeiter gescheitert. Zusammenstöße mit den Streikbrechern sind nicht erfolgt. Trotzdem man versucht, durch allerlei Provokation der schon lange angekündigten Belagerungszustand zu verhängen, ist dies der Regierungskommission noch nicht gelungen. Auf einer Zeche haben sogar Provokateure einen Streikposten angeschlossen. Streikbrecher wurden angeworben außerhalb des Saargebietes und ihnen mitgeteilt, daß sie hier in Steirbrüchen arbeiten sollten. Der größte Teil der Jugreisten hat jedoch die Arbeit nicht aufgenommen.

Die Unternehmer geben große Aufruf- und Plakate heraus. Sie führen die alten Schichtenlohnfrage an und versuchen selbstverständlich so die öffentliche Meinung gegen die Bergarbeiter auszuspielen. Die Gewerkschaftsführer hatten sich nach wie vor passiv und versuchen nicht im geringsten, den Kampf so zu verstärken, wie es notwendig ist. Der Vorschlag der Kommunisten, Revierkonferenzen einzuberufen und die gemeinschaftliche Kampffront auch mit den Arbeitern in Lothringen zu bilden, wird von ihnen mit allen Mitteln sabotiert. Die revolutionäre Bergarbeiterzeitung hat ihren Willen in allen größeren öffentlichen Versammlungen zum Ausdruck gebracht, und zwar, daß, wenn die Führer nicht dem Drängen der Massen nachgeben, sie sich an die gesamte Bergarbeiterzeitung wenden werden.

Der größte Teil der Streikenden erkannt von Tag zu Tag die Situation und die Sabotage ihrer Führer besser. Sie erkannt weiter, daß, wenn die innere Kampfgemeinschaft nicht bald hergestellt wird, der Streit für sie verloren ist. Der Ruf, die bis jetzt gestellten Forderungen zu steigern, da sie durch die Entwertung der Franken fast illusorisch gemacht sind, starrt sich von Tag zu Tag. Die Einberufung neuer revolutionärer Führer nimmt täglich zu. Das Verlangen der Amsterdamer löst in fast allen Versammlungen Empörung aus. Die revolutionäre Bergarbeiterzeitung ist gewillt, wenn nicht bald dem allgemeinen Ruf Folge geleistet wird, über die Köpfe ihrer Führer hinwegzugehen.

### Neue Milliardenbescheide an die Kapitalisten durch Stundung der Ausfuhrabgaben und Zölle.

Ähnlich wie das Reichswirtschaftsministerium den Industriemagnaten 35 Milliarden Kohlensteuern gestundet hat und wie das Reichsfinanzministerium jetzt eine jährliche Abschreibung der Lohnabgabe durch die Unternehmer einführen will, lehnt sich auch die Volkverwaltung ungezählte Milliarden der Kapitalisten durch die Stundung der Ausfuhrabgaben. In einer in Kraft befindlichen Anweisung des Landesfinanzamts Groß-Berlin, Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern, vom 24. März 1922, heißt es:

Für die Ausfuhrabgaben kann in gleicher Weise wie für die Zölle auf 6 Monate gegen Sicherheitskautionen Stundung gewährt werden. Es empfiehlt sich im Interesse der Ausfuhrabgaben wie der Verwertung dringend, von dem Ausfuhrabgaben in möglichst weitem Umfang Gebrauch zu machen, da in diesem Fall die Ausfuhrabgabe in einfacher Weise durch Stundung eines fogenannten Ausfuhrabgaben-Anrechnungsscheines jeder Verzögerung begünstigt werden kann. Jedes Risiko, das mit Verzögerungen stets verknüpft ist, also zu vermeiden wird.

Die Stundung der Ausfuhrabgabe, also einer Abgabe, die sich auf Gewinne bezieht, die die Kapitalisten in fremden Ländern beziehen, erfolgt in Markbeträgen, d. h. daß die Kapitalisten außer dem Geschäft, das sie durch die Verschleppung eines Teils der Exportabgaben gemacht und durch die Abgabe in Mark machen, ein weiteres Geschäft durch die Stundung auf 6 Monate machen. Nehmen wir an, daß ein Kapitalist im Juli für 1000 Dollar Ausfuhrabgabe zu zahlen gehabt hätte, so wäre das etwa nach der Umrechnung in Mark 300 000 Mark gewesen. Tatsächlich bezahlte er die Ausfuhrabgabe erst im Dezember, da sie ihm auf 6 Monate gestundet wird. Er zahlt im Dezember ebenfalls nur 300 000 Mark, trotzdem im Dezember der Gegenwert von 1000 Dollar 6 Millionen Mark ist, und zwar während der 6 Monate noch die 300 000 Mark zu Spekulationen in Devisen und Wertpapieren und zu seinen Geschäften verwenden. Wie groß das Geschäft der Kapitalisten ist und wie groß das Milliardengeschäft der Steuerbehörden ist, das geht daraus hervor, daß allein beim Landesfinanzamt Berlin nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ 4-5 Milliarden monatlich an Ausfuhrabgaben zu zahlen sind. Allein beim Landesfinanzamt Berlin werden den Kapitalisten monatlich Milliardenbeträge geschenkt.

Der Steuerbetrug der Kapitalisten in der freien demokratischen Republik Deutschland wird von Tag zu Tag größer. Immer neue Wege finden die Kapitalisten,

Reichsfinanzverwaltung und der Reichsfinanzminister Hermes wird über diesen ungeheuren Steuerbetrug Rede stehen müssen. Der Steuerbetrug aber wird mit dem Endnehmer, wenn die Arbeiter die Regierung und die Behörden des Schwertkapitals zum Teufel jagen.

### Steuerbefreiung für Kapitalisten.

Das Reichsfinanzministerium erklärt gegenüber verschiedenen Fragen und Zweifeln, daß bei der Umwälzung von Devisen in Goldschahanzweisungen eine Steuerpflicht nicht besteht. Die Devisen, die in Goldschahanzweisungen umgewandelt werden, sind also nicht, wie in allen anderen Fällen, als Spekulationsgewinn bei der Realisierung steuerpflichtig.

Hermes arbeitet konsequent. Außer den Milliarden, die die Reichsbank durch die Marktstützung den Kapitalisten zuschiebt, außer den glänzenden Geschäften der sechsprozentigen Verzinsung der Goldschahanzweisungen wird der Steuerbetrug der Kapitalisten legalisiert, während die Arbeiter immer drückendere Steuerlasten zu tragen haben. Das Geschäft der Kapitalisten wird von Tag zu Tag größer. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ist aber trotzdem nicht ganz einverstanden, daß die Reichsbank jetzt nur so wenig Devisen verschleudert und den Kapitalisten in den Rücken wirft. In einem Artikel „Der Goldfisch“ erklärt sie alle Theorien über die Notwendigkeit eines Goldschahanz für unrichtig und verlangt die Verpflanzung des Reichsbankgoldes. Sie erklärt: „Die Reichsbank muß den Mut zur Tat finden und darf sich nicht durch überwundene Lehmeinungen von dem abhalten lassen, was die Stunde gebietet.“ Die Regierung Cuno versteht sehr gut, was die Stunde gebietet, nämlich der Kapitalisten immer größere Gewinne zuzuschütten und sie wird es solange tun, solange die Arbeiter das zulassen.

### Verfassungsbruch und nationale Einheitsfront.

Der bayerische Landtagsausschuß hat sich sehr bereit, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Genossen Eisenberger aufzuheben, und seine Strafverfolgung wegen „Hochverrats“ zu genehmigen. Nicht nur, daß man die verfassungsmäßige Immunität aufhob, man fügte gleich noch einen Verfassungsbruch hinzu, indem man den Hochverrat des Genossen Eisenberger mit der Begründung unter Anklage stellt, daß er die Reichstagsrede des Genossen Fröblich über die Verbindung der Faschisten mit der Reichswehr abgedruckt hat. Es sollte auch einer bayerischen Staatsanwaltschaft bekannt sein, daß der Nachdruck von Reichstagsreden straflos ist, auch wenn er in der kommunistischen Presse, in diesem Falle also in der roten Bayernsanne erfolgte. Es scheint aber, als ob die Reichsverfassung für Bayern ebensowenig gilt, wie das republikanische Schutzgesetz, das bisher dort nur gegen links in Kraft geblieben ist. Besonders pikant ist es übrigens, daß in einer Meldung der Stimmlosen Telegraphenunion als Grund der Strafbarkeit der Rede und des Abdrucks angegeben wird, daß sie sich „gegen die nationale Einheitsfront“ gerichtet habe. Die Verfassung ist nichts, die nationale Einheitsfront (gegen die Kommunisten!) alles!

### Nationalsozialisten als „Ruhr-Flüchtlinge.“

Es ist bekannt, daß große Haufen nationalsozialistischer Gesindel aus allen möglichen Teilen Deutschlands nach Bayern abgewandert sind und unter der Marke „Ruhr-Flüchtlinge“ jegeln. Sie genießen dabei alle möglichen behördlichen Unterhaltungen, die ihnen vermuthlich in reichem Maße auch aus der „Ruhrpende“ fließen. Sie geben sich als arbeitslos und ausgewiesen an, haben aber das Ruhrgebiet nie gesehen und lehnen jede angebotene Arbeitsmöglichkeit seit Wochen ab, um sich als ehemalige Freikorpsbanditen mit Gummitruppen und Halentreu durchzuschlagen. Nach dem ersten Attentat auf die sozialdemokratische „München Post“ haben diese nationalsozialistischen Rowdys nunmehr zum zweiten Mal eine faschistische Demonstration veranstaltet und ihre Zusammengehörigkeit mit den Banden Hitlers durch Werfen von Handgranaten usw. bewiesen. Die Arbeitererschaft muß bei den sogenannten „Ruhr-Flüchtlingen“ ebenso wachsam die Augen aufhalten, wie bei der sogenannten „Ruhrpende“. Das nationalsozialistische Unternehmertum sichtet hier im Trüben!

### Wie sie verdienen.

Die Raigiländische Zulfabrik A.-G. erhöht den Reingewinn von 1,8 auf 15,2 Millionen Mark. Die Ausschüttung an die Aktionäre geht von 30 auf 100 Prozent in die Höhe.

Die Helldburg A. R. für Bergbau erhöht von 10 Prozent auf 1000 Mark auf jede Aktie.

Das Eisenwerk Wülfel bringt 75 Prozent heraus gegen 22 Prozent im Vorjahre.

Die Jutespinnerei und Weberei, Premen, kann für das letzte Jahr 300 Prozent verteilen.

Die Zulfabrik Mehlener A.-G. bringt für das letzte Jahr 50 Prozent Dividende und 100 Prozent Bonus heraus; im vergangenen Jahr betragen die Aktionäre mit 25 Prozent Ausschüttung.

Die Oppelner Portland-Zementfabriken erhöhen die Dividende von 30 auf 100 Prozent.

Die Lederwerke Wiemann A.-G. zahlt für das letzte Jahr 75 Prozent Dividende.

Die Markische Guano- und Phosphat-Werte A.-G. erhöhen die Ausschüttung von 40 auf 100 Prozent.

Das Glashüttenwerk Holzwinden hat sämtliche Betriebsanlagen bis auf 1 Mark abgeschrieben und bringt für das letzte Jahr 125 Prozent Dividende.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Glasfabriken die Preise wiederum beträchtlich erhöht haben.

Wenn Du die Zeitung gelesen hast, gib sie weiter!

Bericht der Funktionär-Versammlung des OVB. Breslau.

Am 27. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine Vollversammlung der Funktionäre mit folgender Tagesordnung: Bericht von der Hauptbetriebsrats-Sitzung, Stellungnahme zu den Betriebsratswahlen, Orts- und Verbandsangelegenheiten, Bericht über den Verlauf der Tagesordnung...

In der anschließenden Diskussion nahmen mehrere Kollegen Stellung zu der Politik des Hauptvorstandes und forderten die Änderung des bisherigen Kurzes. Der bewaffnete Organismus gegenüberzustellen die Bewaffung der Arbeiterschaft...

Zu Punkt 2 schilderte Kollege Grohmann den Hergang der Betriebsratswahlen und legt den Wahlvorschlagn der Räteverwaltung vor. Ein Wahlvorschlagn der Opposition wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Nicht gelb, sondern schwarz.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In der Zeitschrift 'Ein lausener Gewerkschaftsvertreter der Bauarbeiter' in Nr. 32 Ihres Blattes, die gegen den Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes Stellung nimmt...

In der 'Anmerkung der Redaktion' ist die für mich bezeichnende Behauptung, ich sei Vertreter einer gelben Gewerkschaft, wiederholt, indem Sie wörtlich schreiben: 'Er (der Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes) bezeichnet trotz des völlig entwerteten Lohnes eine Zulage von 100 Prozent als zu hoch...'

Ich bin nicht Vertreter einer gelben Gewerkschaft, sondern Bezirksleiter im Zentralverband gewerblicher Bauarbeiter Deutschlands.

Ammerlung der Redaktion: Wir hätten es auch trotz der Berufung des Herrn Gottschall auf S. 11 nicht unterlassen, unsere Leser von der Tatsache in Kenntnis zu setzen...

Bericht über die Gewerkschaftsstartellungs- und Ablehnung der Ruhrhilfe.

Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung und Jahresbericht, 2. Beitragserhöhung und Gehaltsregelung des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Die Abrechnung ergab ein Defizit von 1378,42 Mark. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende im verfloßenen Jahre hielt das Gewerkschaftsstartellungs-Vorstandssitzungen ab...

Zum Schluss wird noch der Weiterbau des Ueberlaufpolders Tilsch-Beisterwitz behandelt. Einige Kollegen wollen aus bestimmter Quelle wissen, daß es zur Vollendung des Projektes kommen soll.

Gustav-Grube Rothenbach.

Man schreibt uns: Ein recht feiner Vorgelegter ist der Tagessteiger Schmidt, der vor einigen Tagen einen bereits 60-jährigen Mann, weil er seine Arbeit verließ, um auszutreten, so vor die Brust stieß...

Ueber die Zustände auf der Konj. Fuchsgrube.

In Nummer 45 der 'Schlesischen Arbeiterzeitung' trägt der Berichtsführer hauptsächlich über das Drangsalieren der Abteilungssteiger Jänke und Heinrich gegenüber den Arbeitern in der genannten Abteilung. Richtig ist, daß der Hauer Schrodt wegen zu wenig Arbeitsergebnis nach Uebertage verlegt worden ist...

nursten angenommen wäre. Sie denken an die Profite, an fette Dividenden, damit Sie ein Leben in Saub und Braus führen können...

Die zweite, von anderer Seite zugegangene Zuschrift lautet: Genosse Reichel glaubt wahrscheinlich, die reaktionären Beamten in die revolutionäre Kampffront aller Schaffenden einzureihen...

Breslau. Solales. Stadtverordnetenversammlung.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag den 1. März war angefüllt mit langatmigen Debatten über alle möglichen Dinge. Es gab sogar bei der Beratung einer Vorlage über die Hundesteuererhöhung einen Reiz der parlamentarischen Einheitsfront...

Die erste Debatte wurde durch die Beratung einer Vorlage hervorgerufen, die Gebühren bei der Friedhofsverwaltung zu erhöhen. Der Stadtverordnete Wibera (SPD) begründete diese Vorlage...

Bau eines Krematoriums

Die Sozialdemokraten versicherten, daß sie gar nicht daran denken, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Sie nehmen vielmehr auf die 'Kotlage' der Stadt...

eine Hundedebatte.

Die sich bei der Beratung des Nachtrags zur Hundesteuerordnung entspann. Es wurde beantragt, die Steuer wie folgt zu erhöhen: Für den ersten Hund von 400 Mk. jährlich auf 5000 Mk. halbjährlich...

Drei Menschen

Roman von Maxine Perle

Seine Gedanken klammerten sich an diese Vorstellung, und die Gestalt Wjeras tauchte vor ihm auf. Nur in einem Winkelchen seiner Seele fühlte er, daß er eigentlich jetzt mehr an sich selbst als an Wjera hätte denken sollen.

Es fiel ihm ein, daß Tatjana Blahjowna gerade heute ihren Geburtstag feierte und ihn zu sich eingeladen hätte. Anfangs empfand er Widerwillen bei dem Gedanken dieser Einladung zu folgen...

'A-ah! Sie ist er ja!' rief Kiril. 'Wie blaß er ist!' sprach Tatjana Blahjowna und betrachtete Ija. 'Hast du Konfekt mitgebracht?' Oder hast ein Geschenk für das Geburtstagskind?...

ganz laut, und in diesem Augenblick sagte Tatjana Blahjowna zu ihm:

'Wollen Sie mir nicht gratulieren? Sie sind nett! Kommt, sagt kein Wort, setzen Sie sich hin und isst!' Unter dem Tisch stieß sie kräftig mit ihrem Fuße gegen den Feigen, und während sie ihr Gesicht über die Seetanne lugte und Wasser nachgoh, vernahm Ija zugleich mit dem leisen Gluckern des Wassers, ihr leises Klutern...

Im Gerichtssaal ist's manchmal sehr interessant,' bemerkte Felizata Jegorowna Orsowa, wobei sie mit einer kleinen Zange in einer Schachtel mit Marmelade herumstoderte.

'Ich bringe sie in Verlegenheit,' dachte Ija bei sich, und seine Lippen verzogen sich langsam zu einem Lächeln. Sie hatte genommen ihre Unterhaltung wieder auf.

'Ich war einmal Zeuge in einer Sache,' begann Zrawkin mit seiner rasselnden Stimme, und da fand noch eine zweite Verhandlung gegen einen Kerl statt...

Kiril lächelte auf. Das Publikum teilte sich in zwei Gruppen, die einen hörten auf die Erzählung des Zelegraphisten über den Mord des Knaben, die anderen auf die langweilige Geschichte Zrawkins von dem Mann, der dreißigzwanzig Diebstähle begangen hatte...

Tatjana Blahjowna machte sich im ebensinnigen am Tisch zu schaffen, wo sie Flaschen zurechtstellte. Ihre rotseidene Bluse zeichnete sich wie ein greller Fleck auf den hellen Tapeten der Wände ab...

'Was ist denn das mit dir, Bruder?' 'Du sieht ja wie eine Gule da!' wandte sich plötzlich Kiril an ihn. 'So sprich doch genier' dich gar nicht! Hier sind gebildete Leute, die werden dir's nicht übernehmen, wenn du mal das nebenhaus!'

